

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erhält
in allen Verlagen.
Abonnement
in der Stadt wöchentlich 12.50
monatlich 40 Pf.
bei allen wärtl. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Reichs-
bezirksverkehr wöchentlich 12.50
außerhalb desselben 15.00
hierzu Bestellschein 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt
des Kgl. Forstämter Wildbad, Meßkern,
Engflörsle u.

amtlicher Fremdenliste.

Journal nur 8 Pf.
Anzeiger 10 Pf. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Dienstag, den 7. April

1908

Ein Wort gegen den Sprachen- paragrafen.

Professor Dr. Otto Harnack, der Literaturhistoriker, schreibt im neuesten Heft des „März“ folgende beherzigenswerte Worte unter der Ueberschrift „National“: „Wohl kaum ein Wort wird von den Deutschen öffentlich in Rede und Schrift so häufig angewendet, wie das Wort „National“. Vom höchsten Pathos bis zur jämlichsten Geschäftsberechnung muß es willig seine Dienste tun. Man kann lesen, daß Zigarrenhändler ihre Ware mit dem warmen Appell anpreisen, daß man sie doch als „nationale“ jedenfalls der ausländischen vorziehen müsse! Und wie viele Vereine mit Hinweis auf die „nationale“ Pflicht sich Mitglieder zu gewinnen versuchen, ist bekannt. Ich hatte einmal das Vergnügen, einen Herrn zu kennen, der erklärte, aus nationalen Gründen seinen Namen nicht mit lateinischen Buchstaben schreiben zu dürfen! Eben derselbe bemühte sich in angelegentlichster Weise um einen russischen Orden. Das arme Wort „national“ ist im zwanzigsten Jahrhundert ebenso herabgekommen, wie im neunzehnten das Wort „Gilde“ oder im achtzehnten das Wort „aufgeklärt“.

In diesem Winter aber ist es wieder prächtig aufgepußt und gewaltig zum Dienst herangezogen worden. Es sollte dafür aufkommen, daß der Deutsche berechtigt sei, politischen Grundbesitz zu enteignen und den Polen den Gebrauch ihrer Sprache in öffentlichen Versammlungen zu untersagen. Die erste Aufgabe hat es wirklich erfüllt, für die zweite hat es nur noch wenig Kraft übrig behalten. Wie sollte es auch, da es in so unnatürlicher Weise mißbraucht wird!

Eines der sonderbarsten Wortkunststücke und eine der willkürlichsten Verdrückungen ist es, daß man den Zustand, den man durch jene neuen Bestimmungen herbeizuführen denkt, schon als vorhanden betrachtet und deshalb jene Bestimmungen als selbstverständlich bezeichnet. Das Deutsche Reich, sagt man, sei ein nationaler Staat, deshalb dürfe auch in Verhandlungen nur die deutsche Sprache gebraucht werden. Nun zeigt aber die völlig unangenehme Statistik jedem, der seine Augen nicht in kramphafter Leidenschaft zuschließt, daß Deutschland nicht ein nationaler Staat in dem Sinne ist, wie etwa Schweden oder Norwegen, Holland oder Portugal. Im Jahr 1900 waren unter 53 Millionen Reichsdeutschen mehr als 4 Millionen, also 7 bis 8 Prozent, deren Muttersprache

nicht das Deutsche war. Außer den Polen sind Franzosen, Dänen, Tschechen, Wenden und Litauer mit beträchtlichen Zahlen vertreten. Deutschland ist ein vielsprachiges Reich, und patriotische Deklamationen ändern daran nichts.

Er kommt dann nach einer interessanten historischen Darlegung von den polnischen Teilungen bis auf die jüngste Gegenwart, die uns das Beispiel der Engländer im Kapland und in Kanada brachte, wo sie die Muttersprache, holländisch und französisch, in ihrem vollen Bürgerrecht ließen, zu folgenden markanten Schlüssen:

„Vor solchen Tathachen stand der deutsche Spiehbürger, der eben noch geglaubt hatte, die Buren seien verpflichtet, bis zu ihrer völligen Ausrottung gegen England zu kämpfen, ganz verduht und niedergebunkert da. Ob General Botha nicht doch im Herzensgrunde die Existenz eines selbständigen Transvaals ebenso gerne sähe, wie Herr v. Koscielski die eines selbständigen Polen? — Jedenfalls ist England politisch klug genug, solche Herzenswünsche zu ignorieren.“

In Deutschland sind wir aber im Rassenfanatismus so weit gelangt, daß, wenn Dornburg für eine wirtschaftlich rationellere und darum menschenwürdigere Behandlung der afrikanischen Eingeborenen eintritt, schon dies angeblich kolonialfreundliche Zeitungen und deren Geldgeber in förmliche Wut versetzt. Selbst das Gefühl dafür, welche traurige Rolle man spielt, wenn man den beschränktesten Egoismus mit so brutaler Offenheit hervortreten läßt, ist schon verloren gegangen. Oder sollte es auch hier eine nationale Pflicht sein, die den nationalen gefinnenen Deutschen zwänge, arbeitende Neger deutschen Plantagenbesitzern schutzlos und schonungslos auszuliefern?

Es ist doch ein schönes Wort: „national“ — — — Corruptio optimi pessima!

Deutscher Reichstag.

Der Sprachenparagraf
des Vereinsgesetzes angenommen.

Berlin, 4. April. 138. Sitzung. Am Bundesratsitz: Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg. Der Präsident eröffnete die Sitzung um 11.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Vereinsgesetzes bei § 7 (Sprachenparagraf).

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde eine Resolution der Erklärer, betreffend die Zulassung der französischen Sprache in den deutsch-französischen Grenzgebieten als Versammlungssprache entsprechend dem Vorschlage des Präsidenten im Zusammenhange mit § 7 beraten.

Vor Eintritt in die Beratung erklärte der badische Geheimregierungsrat Rieter, daß die vom Grafen Verchenfeld gestern abgegebene Erklärung in Ermächtigung und Einverständnis mit der badischen Regierung abgegeben worden sei. Sie entspreche auch der in der badischen Kammer seinerzeit erfolgten Regierungserklärung.

Fürst Radziwill (Polen) beklagte die Kürze des Kommissionsberichts, welchem der Charakter der jetzigen Reichspolitik eigen sei. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Gegensätze sich immer mehr verschärfen. Die Blockpolitik trage den Keim des Todes in sich, weil sie der christlichen Auffassung nicht Rechnung trage. Die 20jährige Karrenzzeit lasse sich doch nicht anders erklären, als daß das Bedürfnis der Muttersprache allseitig, auch von den Mehrheitsparteien, anerkannt werde. Man müsse es beweisen, daß die Gründe hierfür in 20 Jahren nicht mehr maßgebend seien. Der Staat dürfe nicht die Nationen unterdrücken; er habe die christliche Weltanschauung zu wahren; dagegen sei dieser Paragraf ein eklatanter Faustschlag. Man wolle eine Nation unterdrücken, die zu den Kulturnationen Europas gehöre. Warum wolle man ein Recht gerade den Polen versagen, das den Majoren und Litauern gewährt werde? Die Parteien machten sich dadurch geradezu lächerlich. (Der Präsident macht den Redner auf die Ungehörigkeit des Ausdrucks aufmerksam.) Preußens Könige hätten denselben versprochen, die polnische Nationalität acht zu wollen. Nun wollen Sie (zur Rechten gewandt) mithilfe mit einer Partei, die sich liberal nennt, durch polizeiliche Maßnahmen das Vereins- und Versammlungsrecht einer Nation durch das Verbot der Muttersprache illusorisch zu machen. Die Regierung wird in Zukunft keine Freunde bei dem Kompromiß haben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Hans Edler Herr zu Puttlitz (kons.) erklärt im Namen seiner Partei, für den § 7 stimmen zu wollen. Die Autorität des Staates und der deutsche nationale Gedanke müßten dadurch gewahrt werden. Litauer, Majoren und Wenden seien uns treue Anhänger der preussischen Monarchie und ihre berechtigten Spracheneigentümlichkeiten müsse man schätzen. Gerade zu Gun-

Polar-Eis.

Originalroman von Walter Schmidhäuser.
(Fortsetzung.)

Guten Morgen, Herr Professor! rief Beate ihm schon an der Tür des Wohnzimmers entgegen. Sie kommen gewiß wegen des goldenen Bleistifts, den Vater gestern Abend gleich gefunden hat! — Nicht wahr? — Aber bitte, kommen Sie doch näher, Sie armer Herr Professor, und wärmen Sie sich erst ein wenig. Das muß ja ein fürchterlicher Weg gewesen sein bei dem stürmenden Regen. Du mein Gott, Sie sind ja ganz durchnäßt, kein trockener Faden ist ja an Ihnen! —

„O doch, mein gnädiges Fräulein!“ lächelte Bruno — und er sah wirklich bildhäßlich aus, wenn er so lächelte, wie eben jetzt — „das täuscht! Der Anzug ist nämlich durchaus wasserdicht und hat tausendmal Schlimmeres schon durchgemacht. Da ich nun von Ihnen die Verabreichung habe, daß das an und für sich wertlose Ding, das mich aber an meinen Vater erinnert — sich gefunden hat, will ich nicht weiter sitzen!“ —

„Das wäre ja noch schöner, Herr Professor“, rief Beate, „wenn Sie jetzt so wieder in Wind und Wetter fortlaufen wollten. Ich glaube, mein Vater würde zum erstenmal im Leben mit mir böse sein, wenn ich Sie fortlasse, ohne daß Sie sich erst gehörig gestärkt und ausgekühlt. Also bitte, geben Sie mir keinen Korb und treten Sie näher.“

Zögernd, aber doch herzlich gern gehorchte Bruno der liebenswürdigen Aufforderung, und trat in das Wohnzimmer. Da war er ja — wieder, und alles war wie gestern. Da das Sofa — wo er den Bleistift verloren hatte — dort das Gächchen, am Fenster mit den Schlingpflanzen — und ihm gegenüber das entzückende Gesicht, dessen einfache Natürlichkeit ihm so lieb über all seine Verlegenheit hinweghelfte.

Wie gern hätte er sich wieder in die Sofaecke gesetzt, wenn sein Korb nicht so nah gewesen wäre. Und dabei deutete Beate mit einem freundlichen „Bitte!“ auch noch

gerade auf den Sofaplatz. Er kam sich vor wie Tantalus. „Sehr liebenswürdig“ — stotterte er — „aber das geht doch wohl nicht gut — mit dem nassen Korb!“ — „Ach so?“ rief das Mädchen und lachte lustig auf wie ein übermütiges Kind. — „da werden wir gleich Rat schaffen. Hier nehmen Sie Vaters alten Wettermantel an — so, fest über die Schultern — wickeln Sie sich gut darin ein — und nun machen Sie sich in der Sofaecke bequem! — So! — Sehen Sie, wie prächtig das geht?“ —

Und ehe er sich versah, saß er wirklich in der Ecke neben dem büllelenden Ofen und empfand eine ganz beispiellose Behaglichkeit.

„Ich muß vor allen Dingen um Entschuldigung bitten“ — begann er dann, ein wenig sicherer als bisher — „daß ich zu so früher Stunde auf der Wildstätte erschienen bin. Aber ich wollte vor allen Dingen verhindern, daß Ihr Herr Vater sich die Mühe machte, wegen der Sache womöglich jemand aufs Schloß zu schicken.“

„Da kommen Sie aber schon zu spät, Herr Professor“, entgegnete Beate mit schelmischem Achselzucken. „Bei Försters im Walde beginnt der Tag schon um 6 Uhr, und kurz nach 8 Uhr hat der Vater das verlorene Kleinod durch einen Revierburschen aufs Schloß geschickt. So haben Sie sich in Ihrer großen Liebenswürdigkeit umsonst bemüht.“

„O, bitte sehr — so umsonst war's nun doch nicht!“ fuhr Bruno heraus, bejahte sich aber sofort und fügte hinzu: „Ich mache große Spaziergänge sehr gern, und das bischen Regen macht mir nichts aus. An Sturm und Wetter bin ich gewöhnt!“

„Wann sind Sie denn da vom Schloße aber fortgegangen?“ fragte Beate, und in ihren großen braunen Augen lag etwas Listiges, Lauerndes, das der arglose Bruno gar nicht bemerkte und ruhig antwortete:

„Nur vor acht Uhr! — Es war schon ziemlich hell!“

„Ja, aber Herr Professor, dann sind Sie ja noch ganz nüttern, denn vor neun Uhr wird ja nie das Frühlingsferdier. Und davon sagen Sie kein Wort! — Nichts Warmes im Magen und von außen der stundenlange Regen! Da können Sie ja die schönste Erklärung mit heim-

bringen! — Rein, das darf ich nun keinen Preis zugeben. Oder haben Sie schon geküßt? Aber ehrlich antworten, Herr Professor!“

„Rein, gnädiges Fräulein!“ — gab er zu und errödete wie ein ertappter Verbrecher.

„So ist's recht. Eine Ausrede hätte Ihnen auch gar nichts geholfen. Dann hätten Sie eben zum zweiten Male Kaffee trinken müssen. Verzeihen Sie einen Augenblick, ich sehe gleich wieder zu Diensten.“

Damit war sie fort wie ein Wirbelwind, und Bruno blieb allein. — Am liebsten wäre er überhaupt nicht mehr fortgegangen, denn dieses Försterhaus war von einer Behaglichkeit — — — einfach unbeschreiblich!

Und nun begann auch noch gar ein Kanarienvogel zu trillern, den er gestern gar nicht bemerkt hatte. — Auch das noch! Ein Kanarienvogel, so ein richtiger, goldgelber, wie seine Eltern einen gehabt hatten. Das war überhaupt für ihn der Inbegriff aller Gemütlichkeit. — Immer heimlicher ward es ihm in diesem wunderlichen Försterhause.

Dann erschien Beate wieder, und während sie das schneeweiße Ginnen über den Tisch breitete, fingen sie an, von allem Möglichen miteinander zu plaudern, als wenn sie schon alte Bekannte wären. Sie hatte aber auch eine reizende Art zu plaudern, zu fragen und zu erzählen, so einfach und natürlich, so selbstverständlich zu vertraulich, wie ihm wirklich noch an keinem andern Wesen begegnet war.

Und als dann die Magd mit der blisphauberen weißen Schürze über dem roten Korb, den Kaffee hereinbrachte, und Beate ihr das große Präsentierbrett abnahm und all die lederen Dinge auf dem Tisch aufbaute wie eine Weihnachtbescherung, da überkam ihm noch dem langen, närrischen Spaziergang ein ganz vortrefflicher Appetit, der seine gemütliche Stimmung noch erhöhte. Da stand goldklarer Honig in einem zierlichen Kristallbecher, auf einem frischgrünen Weinblatt glänzte die Butter, und des Brotes in dem geflochtenen Weidenkörbchen roch so frisch und würzig — und die Milch — und der ausgegohene Kaffee!

(Fortsetzung folgt.)



fen der Pittauer habe man aber dem § 7 abändern müssen. Gegenüber den Polen befindet sich der Staat in der Notwehr (Stürmischer Widerspruch beim Zentrum und bei den Polen). Seiner Partei gehe der § 7 nicht weit genug. Sie muß die Verantwortung dafür der Regierung überlassen. Wenn sie dem zustimmt, trage ungewissheit die Linke den Löwenanteil davon. Die Konservativen bedauern außerordentlich, daß die Linke dem Bestreben, die Nationalität mit zu fördern, nicht mehr entgegengekommen sei.

Abg. Sahn (Ztr.) knüpfte an den Schlusssatz der gestrigen Ausführungen Diebers an, daß man auf falschem Wege sei, wenn das Zentrum und die Sozialdemokraten sich zusammäten, um das deutsche Volk mit Freiheiten zu belämpfen. Wie konnte sich Dieber solche Ausfälle gegen einzelne Parteien erlauben. Die Grundsätze der Freiheit und der Gleichberechtigung der Nationalitäten, die der Liberalismus stets vertreten habe, verleugne er in diesem Paragraphen. Das Oberverwaltungsgericht habe festgestellt, daß, wenn auch die Nationsprache die deutsche sei, die Versammlungssprache nicht die deutsche zu sein brauche. Es handelt sich hier um ein Natur- und Menschenrecht. Die gerächte Frage sei, ob eine Nation, eine Nationalität, eine Interesse habe, ihre angenommene Sprache geschützt zu sehen. Seine Partei habe es stets abgelehnt, die Muttersprache zu beschränken. Er verweise auf die Regelung der Sprachenfrage im bürgerlichen Gesetzbuch. Die staatliche Autorität leide nicht, wenn man einer Nation den Gebrauch der Muttersprache gewähre. Die Rückwirkung dieser Maßregel auf das Ausland ist nicht außer acht zu lassen. Das Interesse der Nation im Ausland neben der deutschen Sprache müßte doch auch gewahrt werden. Ein solches Gesetz bringe auch die Befürchtung, daß die katholische Konfession gefährdet sei. Die Gewinnung fremdsprachiger Arbeiter sei nur möglich, wenn man ihnen das Recht der Muttersprache nicht streitig macht. Auch werde die Koalitionsfreiheit zur Erlangung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen zerstört, sobald man den Sprachenparagraphen durchführe. Im Interesse Deutschlands werde seine Partei gegen den § 7 stimmen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dieber (natl.) weist die Vorwürfe des Fürsten Radziwill gegen den Kommissionsbericht zurück. Die Vorwürfe müßten sich gegen die Kommission selbst richten. Die Ausführungen über den § 7 umfassen ein Viertel des ganzen Berichtes. Wenn Radziwill wieder auf die Gegensätze der Blockparteien hingewiesen habe, so frage er, ob innerhalb der polnischen Nation weniger politische Gegensätze vorhanden seien. Die Polen gehen hier mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten zusammen. Glauben die Polen etwa, in diesen bessere Vertreter der christlichen Weltanschauung zu finden als in anderen Parteien? (Stürm. Unterbrechung. Andauernde Bewegung). Es sei eine ungeheure Uebertreibung, daß den Polen die nationale Sprache genommen und in Deutschland verboten werden soll. Die deutsche Sprache sei nur in den Versammlungen vorgeschrieben. Die Polen pflegen die polnische Muttersprache nicht nur im Dienste der Erhaltung der Eigenart, sondern im Dienste gewisser politischer Zwecke, als Kampfmittel gegen die deutsche Nationalität. Die ostmärkische Bevölkerung sei dankbar, daß ihnen dies Gesetz Schutz gewähren soll. Wenn Sahn sagt, die Polen müssen auch eine Benachteiligung der Konfession befürchten, sei dies unrichtig. Seine Partei wünsche auch für Elsaß-Lothringen keine Ausnahmestimmungen. Der Redner wies weiter auf die Länder hin, in denen keine Freiheit bestände und schloß mit der Versicherung, der betreffende Paragraph würde dazu beitragen, daß die Polen sich künftighin nicht als Mitglieder eines großpolnischen Reiches, sondern als deutsche Staatsbürger fühlen.

Abg. Legien (Soz.) betonte, das Recht des Staatsbürgers, sich über Politik zu verständigen, werde durch § 7 durchbrochen. Die Erklärung, ob dieser § 7, wie behauptet wird, auf Anregung rheinisch-westfälischer Industrieller in das Gesetz kam, wisse er nicht. § 7 spreche von allen öffentlichen Versammlungen gegenüber dem § 3, wo nur von politischen Versammlungen die Rede sei. Nach preussischer Judikatur werde künftighin jede Versammlung unter Paragraph 7 fallen. Wenn man die Polen mit einer solchen Vorlage mißhandle, dann hätten sie das Recht auf eine Revolution. In wirtschaftlicher Beziehung sei der Paragraph eine Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse. Er soll die Arbeiter verhindern, sich mit den Streikbrechern auseinanderzusetzen. Redner schließt, seine Partei werde gegen den Paragraph 7 stimmen.

v. Bayer (südd. Sp.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu § 7, weil sie nicht das ganze Gesetz ändern lassen könne. In der jetzigen Fassung halte der Entwurf jeder vernünftigen, modernen Anschauung stand. (Gelächter bei den Sozialdemokraten, lebhafter Zustimmung links.) Auch für die Süddeutschen bedeute der Entwurf einen erheblichen Fortschritt. Er bringe, was Volk und Reichstag seit Gründung des Reiches verlangt haben. Seine Partei wolle den verbündeten Regierungen keinen Grund geben, das Gesetz zu Gunsten anderer zurückzustellen. (Große Heiterkeit, ironische Bravorufe im Zentrum.) Bei der Regelung der Prinzipienfrage handle es sich darum, ob man den fremdsprachlichen Bevölkerungsteilen ihre Muttersprache geben wolle. Man habe bei der Beratung herausgefunden, daß man den Glaubenssatz unterschreiben könne, daß man im Deutschen Reiche unter allen Umständen in allen öffentlichen Versammlungen jeder fremden Sprache dasselbe Recht zugesehen müsse, wie der deutschen. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Es könne sehr wohl einem jeden passieren, daß er von der Starrheit der Prinzipier abweiche, auch bei den Sozialdemokraten. Das allgemeine Recht in der Sprachenfrage auf dem Boden dieses Gesetzes sei unmöglich, denn das Gesetz sei aufgebaut auf dem Grundsatz der öffentlichen polizeilichen Ueberwachung. (Aha und Lachen im Zentrum, bei den Sozialdemokraten und Polen.) Die Ueberwachungsmöglichkeit aber sei verschieden, je nachdem die deutsche, oder eine fremde Sprache gebraucht werde. Die ganze Frage müsse gelöst werden durch Verwaltungsmittel, die eine gewisse Beweglichkeit in sich tragen. Die Verschiedenheit der Nationalitäten und Sprachen habe

Gruppierungen geschaffen, auch Widerstände, welche nicht durch allgemeine Ermäßigungen beseitigt werden könnten. Wer daran schuld sei, wolle er nicht untersuchen. Ihm liege es fern, für die preussische Polenpolitik einzutreten, er habe aber auch nicht die Absicht, für die Polen eine Länge zu brechen, die zwar gleiches Recht beanspruchten, aber sich nicht gleicher Pflichten bewußt seien. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die polnische Nationalbewegung stehe im Widerspruch zu dem nationalen Standpunkt. (Lebhaftes Bravo bei der Mehrheit.) Man stehe vor der Entscheidung; wolle man das ganze Gesetz fallen lassen oder den Weg einschlagen, den der Entwurf biete? Seine Partei entscheide sich für letzteres. Trotz aller Bedenken glaube seine Partei der freiheitlichen Entwicklung des Deutschen Reiches und Volkes einen Dienst zu leisten, wenn sie dem Zustand der Rechtslosigkeit und Unfreiheit auf diesem Gebiet durch ihre Zustimmung für alle Zeiten ein Ende bereite. (Stürmischer Beifall links.)

Kolbe (Reichsp.) meint, es handle sich hier um den wichtigsten Teil des Kompromisses, für den seiner Partei der Vorwurf der Rückgratlosigkeit gemacht sei.

Gräf (wirtsch. Bgg.) betont, daß in der Selbsterhaltungssfrage auch die Macht vor Recht gehen müsse. Ein Naturrecht auf bestimmte Sprachen in öffentlichen Versammlungen gebe es nicht. Der Appell an das Christentum habe mit dem Sprachenparagraphen nichts zu tun. Wenn seine Partei dem § 7 zustimme, verspreche sie sich trotz des schwächlichen Kompromisses Stärkung des Deutschtums gegenüber dem Vordringen der Polen.

Gregoire (wildlib.) erklärt, der Kompromißantrag zu § 7 bedeute eine Verschlechterung und sei für seine Partei nicht annehmbar. Er bringe eine Beeinträchtigung des ganzen Versammlungs- und Vereinslebens, namentlich für die französisch sprechende Landbevölkerung. Der Redner begründet dann eine Resolution, in der verlangt wird, daß dem Landesauschuß sofort ein Gesetzentwurf unterbreitet werde, wodurch in den Reichslanden für Vereine und Versammlungen der Gebrauch der französischen Sprache in französischen Sprachgebieten gesichert wird. Schließlich erklärt der Redner, seine Partei werde dem Gesetz keine Schwierigkeiten bereiten, denn es bringe auch Fortschritte. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Deutsche gehe voran, der Fremde habe sich anzupassen. Dispens würde erteilt werden, wo Sprachkenntnis ein Verhandeln unmöglich mache und wo die fremde Sprache nicht dazu dienen soll, deutsch-feindliche Bestrebungen zu fördern. Soweit bei der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen die Reichsregierung beteiligt sei, könne er erklären, daß sie dem Vorgehen der Landesverwaltung nichts in den Weg legen werde. (Beifall.) Er hoffe, daß seine Erklärung dazu beitragen werde, die Bedeutung des § 7 nach verschiedenen Richtungen ins richtige Licht zu setzen. (Lebhafter Beifall beim Bloch. Rufen bei den Minderheitsparteien.)

Sächs. Bundesratsbevollmächtigter Bisthum von Eckardt erklärt, auch die sächsische Regierung habe die Absicht, zu Gunsten der Wenden eine Ausnahme zu treffen.

Vonderscheer (Ztr.): Die liberale Partei sei gerichtet worden vor der Geschichte. Es schmerze ihn, daß Gregoire gesagt habe, die Stellungnahme der Lothringer gehe nicht so weit, daß sie schließlich nicht das ganze Gesetz mit dem § 7 genehmigen würden. Für ihn stehe und falle das Gesetz mit dem § 7.

Müller-Reiningen (sf. Sp.): Der fanatische Haß gegen seine Partei sei nur durch eine wahrhaftige Presse erreicht worden. (Lebhafter Zustimmung bei den Freisinnigen. Gelächter bei den Minderheitsparteien.) Seine Partei wolle nach dem Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes (Lebhafter Widerspruch. Stürmisches Gelächter.) etwas abwenden, was ein Unglück für das ganze deutsche Volk werden könnte. (Stürmischer Beifall links und rechts. Lebhafter Widerspruch und Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg erklärt

Delser (Elsässer), im Landesauschuß seien alle Parteien einig gewesen, der § 7 sei auch in der Kommissionsfassung unannehmbar. Es sei ein durchaus ungenügender Trost, wenn eine liberale Handhabung des Gesetzes versprochen werde.

Hansen (Däne) erklärt sich gegen § 7.

Brejski (Pole) polemisiert gegen Dieber. Hue (Soz.) betont, in der Beurteilung dieses Gesetzes, insbesondere von § 7, stehe die große Mehrheit des deutschen Volkes auf der Seite der Sozialdemokraten. Er bestreite dann entschieden, daß es bei vielen um die nationale Existenzfrage sich handelt. Redner behauptet positiv, daß dieser § 7 auf Bestellung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gemacht sei.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die vom Abg. Hue vorgebrachte Aeußerung des Reichskanzlers zur Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses über die Entstehung des § 7 sei ausdrücklich demontiert worden. Weitere Dementis seien durch Teilnehmer der Deputation unter Zustimmung der übrigen Teilnehmer erfolgt. Daß ein Mitglied der Deputation diesbezügliche Mitteilungen an die Presse gegeben oder veranlaßt habe, beruhe auf Erfindung. (Hört, hört!) Ferner sei nicht richtig, daß § 7 eine bestellte Arbeit des Zentralverbandes deutscher Industrieller sei. Er selber sei der Verfasser dieses Entwurfes gewesen und habe die Notwendigkeit erkannt, die Sprachenfrage zu regeln. Er habe dies in erster Lesung erklärt und wiederhole es in diesem Moment.

Nachdem Korsantj (Pole) nach gesprochen hatte, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Paragraph wurde mit 200 gegen 179 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen nach den Kompromißanträgen angenommen. Das Resultat wurde von der Mehrheit mit brausenden Hochrufen, von der Minderheit mit langanhaltendem Jischen ausgenommen.

Um 1/9 Uhr wurde die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Berlin, 4. April. Der Seniorenkongress des Reichstags trat heute abend zusammen. Man kam dahin überein, daß am Montag das Vereinsgesetz in zweiter Lesung erledigt werden soll. Am Dienstag soll die zweite Lesung des Börsengesetzes begonnen werden. Am Mittwoch soll auf jeden Fall (auch wenn die zweite Lesung des Börsengesetzes am Dienstag nicht zu Ende geführt werden kann) die dritte Lesung des Vereinsgesetzes ihren Anfang nehmen. Man will versuchen, Vereinsgesetz und Börsengesetz noch vor den Osterferien zu verabschieden. Sollte das in Bezug auf das Börsengesetz nicht möglich sein, so soll wenigstens die zweite Lesung des Börsengesetzes vor Ostern erledigt werden. Am Freitag spätestens sollen die Osterferien beginnen, die bis zum 28. April dauern sollen. Nach Ostern will man dann noch bis zum 9. Mai tagen.

Rundschau.

Aus der deutschen Volkspartei.

Der engere Ausschuß der Deutschen Volkspartei für Baden hält am nächsten Donnerstag eine Sitzung ab, behufs Aussprache über die durch das Vereinsgesetz geschaffene Lage. Rechtsanwalt Wulfer-Offenburg hat sein Parteiamt im weiteren Ausschuß der Deutschen Volkspartei niedergelegt, dagegen die Mitgliedschaft im engeren Ausschuß der badischen Parteiorganisation beibehalten. — Rechtsanwalt Schneider-Offenburg, der längere Zeit hindurch in der demokratischen Partei eine führende Stelle einnahm und dem auch bei der letzten Landtagswahl die Kandidatur Offenburg angeboten wurde, ist 63 Jahre alt, gestorben.

Das Fiasko der Fahrkartensteuer.

In der Samstagssitzung der badischen Zweiten Kammer machte der Eisenbahnminister v. Marschall die Mitteilung, daß nach einer vorläufigen Berechnung die Eisenbahnen im Jahre 1907 eine Mindereinnahme aus dem Personenverkehr von etwa 1 Million Mark erlitten habe, trotz der Steigerung der Frequenz. Der Ausfall sei zurückzuführen auf die Personalzifferreform und auf die Fahrkartensteuer. — Trotzdem behält man diese sinnlose Einrichtung.

Die Mittelmeerreise des Kaisers.

Messina, 4. April. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ und die Begleitdampfer sind um 1 1/2 Uhr hier eingetroffen. Die Forts salutierten. Die „Hamburg“ erwiderte den Salut. Die Spitzen der Behörden meldeten sich hier an Bord beim Kaiser. Nachmittags um 3 Uhr 30 Min. begaben sich die Majestäten und die übrigen Herrschaften an Land und fuhrten im Wagen nach der Villa Sanderson, dem Besitze des Schwagers des Geh. Rat v. Kefowski, um in den ausgedehnten Gärten, die sich vom Meere an terrassenförmig in die Höhe ziehen, einen Spaziergang zu machen und den Tee einzunehmen. Von der Villa Sanderson lehrten die Majestäten und die übrigen Herrschaften mittels Binasse zu der Hohepollern zurück. Abends waren das Municipium und die vor diesem liegende Landungsstelle sehr schön illuminiert.

Bei der Begrüßung des Kaisers durch den Sultan beim etwaigen Besuch der albanesischen Küste wird eine große Pracht entfaltet werden. Wie dem Berl. Tagebl. aus Konstantinopel gemeldet wird, sollen sich die Ausgaben für die Entsendung der Sultanjacht, des Militärs, der Wagen und Pferde usw. auf etwa 650 000 M. belaufen.

Der Generalausstand in Rom.

Rom, 4. April. Der Demonstrationen zugunsten der vorgestern Verstorbenen verließen 10 000 Personen mit Fahnen und Kränzen durchzogen die ihnen freigegebenen Straßen bis zum Friedhof. Das Ende des Streiks der Straßenbahner und der Droschkentaxifahrer wird für folglich erwartet, das der übrigen Arbeiter für Montag.

Tages-Chronik.

Berlin, 4. April. Herzog Heinrich Borwin zu Mecklenburg, Leutnant bei den Zieten-Usaren, hat seinen Abschied genommen und will sich auf Reisen begeben. Der Grund des Abschiedes soll in zerrütteten Vermögensverhältnissen liegen.

Berlin, 4. April. Die Polen haben mit Unterstützung des Zentrums und der beiden Dänen im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, auch die polnische und die dänische Sprache wie die nichtslawischen Sprachen als Versammlungssprachen in Versammlungen zuzulassen (nach dem Antrage Kreth).

Berlin, 6. April. Die Gemahlin des Grafen Phnar, der zur Zeit seine Strafe im Siegburger Gefängnis abbußt, hat gegen diesen die Scheidungsklage eingereicht; sie ist bekanntlich eine Schwester der Großherzogin von Hessen.

Aus Baden, 31. März. Der Jahresbericht des Badischen Schwarzwaldbereins ist soeben ausgegeben worden. Danach zählte im Jahre 1906 der Verein 68 Sektionen mit 10 953 Mitgliedern; im Jahre 1907 kamen zwei neue Sektionen, Schluchsee und Schonach dazu, so daß die Mitgliederzahl jetzt 11 213 beträgt. Die Einnahmen des Vereins betragen 30 269, die Ausgaben 30 141 Mark. Für den Feldbergturm wurden 46 198 Mark aufgebracht; die Gesamtkosten des Turmes betragen 50 000 Mark. Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins wird am 24. Mai in Baldkirch abgehalten.

London, 4. April. Der englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman wird wegen seines Gesundheitszustandes voraussichtlich in den nächsten Tagen von seinem Posten zurücktreten. Die Ernennung des Schatzkanzlers Asquith zu seinem Nachfolger dürfte vom König schon in den nächsten Tagen vollzogen werden.

St. Petersburg, 5. April. Heute nacht ist ein Kurier hier eingetroffen, der dem König von England die Demission des Ministerpräsidenten Campbell-Ban-

weil er überbrachte. Der König hat die Demission des Ministerpräsidenten angenommen und Sir Bannerman sein Bedauern wegen des Rücktritts und seine besten Wünsche für seine Wiedergewinnung aussprechen lassen. Gleichzeitig hat der König den Schatzsekretär A. Squitth bitten lassen, nach Biarritz zu kommen, um ihm den Posten des Ministerpräsidenten anzubieten.

Madrid, 5. April. Der Correo Español meldet, daß ein Steuerwächter der Provinz Almeria nach Unterschlagung von 4800000 Pesetas, die er der Provinzialkasse entnommen hatte, ins Ausland geflüchtet ist.

Petersburg, 4. April. Leo Tolstoi hat, wie aus Petersburg gemeldet wird, den Wunsch ausgedrückt, die Komitès, die sich zur Feier seines 80. Geburtstages gebildet haben, möchten aufgelöst werden. Er verzichtete entschieden auf jede besondere Feier.

Ein Fräulein Berta Volt aus Zehlendorf, das am Sonntag in den D-Bug eingestiegen war, fränzte bei Genau aus dem Zug und wurde tot auf dem Gleise aufgefunden.

In Mainz wurde in dem Stadtteile Rombach ein großer Kirchenraub verübt. Eine größere Anzahl goldener Kirchengeräte, darunter eine wertvolle Konstranz, wurde gestohlen. Außerdem wurden die Opferbüchsen erbrochen und ausgeraubt. Die Täter sind unbekannt.

In Stein a. Rh. fand man den diensttuenden Schaffner des letzten Personenzugs in bewußtlosem Zustand und mit eingeschlagenem Schädel in einem Abteil 2. Klasse. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Fall ist noch nicht aufgeklärt.

In Solingen ist der größte Teil der Aktiengesellschaft Meyersburg, Kirchbaum u. C. niedergebrannt.

Nach Posen wird gemeldet: Auf dem Gehöft des Landwirts Hinz in Kichowo erstickten an Kohlenoxydgas fünf Drainagearbeiter, ein sechster schwer erkrankt. Die Vergiftung ist dadurch entstanden, daß die Arbeiter das Zimmer zu stark geheizt hatten, so daß der Rauch nicht durch den Schornstein entweichen konnte.

Wie aus Bendzin bei Kattowitz gemeldet wird, gelangt während der Lohnzahlung am Samstag in der Fabrik Kollat eine Bande, in der Fabrik Kollat, raubte über 1000 Rubel und ergriff die Flucht, nachdem sie einen Schuttmann schwer verletzt hatte. Der Schuttmann wurde in das Kattowitzer Krankenhaus gebracht.

Die Papierfabrik Huber in Straßburg ist mit allen Vorräten niedergebrannt.

Vor einiger Zeit verheiratete in Sevilla, daß ein in wilder Ehe lebendes Paar, der Schuhmacher Felix Molina und eine gewisse Franziska Herrera, von ihren 26 Kindern 24 gleich nach der Geburt ermordet und in ihrer Wohnung vergraben hätten. Man glaubte zuerst an eine Mistifikation. Freitag aber ergab eine Hausdurchsuchung in der betreffenden Wohnung das Vorhandensein zahlreicher Leberreste neugeborener Kinder. Eine Volksmenge versuchte, das Verbrecherpaar, das unter starkem polizeilichem Schutz ins Gefängnis geschafft wurde, zu lynchen.

Vom Arbeitsmarkt.

Frankfurt, 3. April. Lohndifferenzen im Schneidergewerbe bestanden in den Städten: Eisenach, Leipzig, Hildesheim, Danzig, Jena, Königsberg, Böh. Slogau, Görlitz, München, Münster, Regensburg, Oettingen und Wilhelmshafen seit längerer Zeit. Da die Preisgruppen sie nicht schlichten konnten, fand eine Zusammenkunft der beteiligten Hauptvorstände in Leipzig statt, wo nun die Lohnstreitigkeiten zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt wurden, sobald das Schneidergewerbe in dieses Jahr von Störungen verschont bleiben wird.

Aus Württemberg.

Verkaufsstellen. Übertragen: Eine Schulkasse in Geislingen dem Schullehrer Pfanz in Dörzbach, je eine Schulkasse in Albstadt den Schullehrern Hauptmann in Klosterreichenbach, und fünf in Gernsbach. Eine Schulkasse in Alperg dem Schullehrer Walz in Ohmenhausen, die Schulkasse in Grafenberg, Bezirks Reußen, dem Unterlehrer Gottlieb Zaderer in Mühlhausen, die 1. Schulkasse in Öglingen dem Schullehrer Trauneder in Hohenfeld, die 2. Schulkasse in Scharnhausen dem Schullehrer Knier in Eibensbach, eine Schulkasse in Schnaitheim dem Schullehrer Gander in Diettersweiler, eine Schulkasse in Ödöppingen dem Unterlehrer Heinrich Häubler in Cannstatt, eine Volksschule in Nepland dem Schullehrer Günther in Gechingen, je eine Lehrstelle an der luth. Volksschule in Öglingen der Lehrerin Sophie Metz in Schramberg, Ödöppingen dem Schullehrer Oberhardt Begier in Leinbach, Öt. Biberach, Waidlingen dem Seminarlehrer Otto Kloß Stäble in Saulgau.

Die Behandlung der Straffachen gegen jugendliche Personen. Zu dieser Frage, die neuerdings des Interesse wecker Kreise in besonderer Maße in Anspruch nimmt, hat laut Staatsanzeiger der Justizminister v. Schmidtlin einen Bericht an den König gerichtet, in dem zunächst auf die beklagenswerte Erscheinung der starken Beteiligung jugendlicher Personen an der Kriminalität und auf das jetzt schon günstige Urteil über die Wirkung der bedingten Begnadigung hingewiesen, dann betont wird, daß diese Begnadigung von den jugendlichen Wesensbesitzern die schädigenden Wirkungen des Strafverfahrens selbst nicht fernzuhalten vermag. Gründliche Abhilfe hiegegen kann zwar nur von einer Neuordnung der gesetzlichen Vorschriften erhofft werden; eine nicht unwesentliche Schwächung dieser Gefahren ist aber auch schon im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung möglich, nämlich durch die Herstellung möglichst naher Beziehungen zwischen den Straffachen und dem etwa erforderlichen Eingreifen des Vormundschaftsgerichts, sowie durch eine solche Einrichtung der öffentlichen Sitzungen, die es ermöglicht, die Verhandlungen der Straffachen gegen Jugendliche äußerlich von denen gegen Erwachsene abzugrenzen. Eine solche Einrichtung ist seit 1. Jan. ds. Js. beim Amtsgericht Stuttgart Stadt getroffen. Die in der Folge angestellten Erhebungen haben ergeben, daß im allgemeinen kein Hindernis besteht, ähnliche Maß-

nahmen auch bei den anderen Amtsgerichten zu treffen. Es sind deshalb diese Straffachen dem dienstaufsichtsführenden Amtsrichter, der zugleich mit der vormundschaftsrichterlichen Tätigkeit betraut ist, übertragen worden. Ihm liegt die Behandlung des Hauptverfahrens regelmäßig in allen Straffachen ob, an denen nur Angeklagte beteiligt sind, die 3. Jt. der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. Dies soll wenn möglich auch in denjenigen Straffachen gelten, an denen neben einander jugendliche und erwachsene Personen als Angeklagte beteiligt sind. Auch die richterlichen Handlungen im Ermittlungsverfahren sollen bei schöffengerichtlicher Zuständigkeit dem dienstaufsichtsführenden Amtsrichter zugeteilt werden. Die äußere Absonderung der Hauptverhandlung soll durch Freihaltung eines besonderen Abschnitts des Sitzungstags erreicht werden. Diese Neuordnung wird spätestens am 1. Juni ds. Js. bei allen Amtsgerichten ins Leben getreten sein. Die Staatsanwaltschaften sind zur besseren Verwertung dieser Einrichtungen angewiesen worden, in Straffachen gegen Jugendliche auf Ueberweisung an das Schöffengericht gemäß § 75 des G. R. G. anzutragen, wenn nicht schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Die Staatsanwaltschaften und Anwaltschaften sollen auch im Ermittlungsverfahren richterliche Vernehmung herbeiführen, damit die jugendlichen Beschuldigten schon vor der Hauptverhandlung in persönliche Berührung mit dem Amtsrichter gebracht werden. Die Straflammern sollen ebenfalls auf eine gewisse äußere Absonderung der Verhandlung von den sonstigen Fällen Bedacht nehmen. Der Minister knüpft an diese anerkenntniswerten Maßnahmen die Hoffnung, daß sie zu ihrem Teil dazu beitragen werden, die mit dem Strafgesetz in Widerspruch geratenden jugendlichen Personen tunlichst gegen die Möglichkeit sittlich gefährdender Einflüsse und Einbrüche des Verfahrens zu schützen und ihnen damit die Rückkehr zu einem geordneten und gestützten Leben zu erleichtern.

Stuttgart, 4. April. Dem Schwäbischen Necker wird aus Rißlegg berichtet, daß im dortigen fürstlichen Archiv das Fragment einer Pergamenthandschrift des Papstbrevials aus dem 14. Jahrhundert als Umschlag von Bandrechnungen aus dem 17. Jahrhundert gefunden wurde.

Ulm, 4. April. Für die Strecke Ulm-Stuttgart-Bruchsal ist von der Generaldirektion der Staatsseisenbahnen die Anschaffung besonders schwerer Lokomotiven vorgesehen, die eine raschere Leitung der Schnellzüge auf dieser Hauptlinie des Landes und eine Ersparnis an Vorspannmaschinen ermöglichen sollen.

Mötenburg, 3. April. Nachdem wie bekannt, die hiesige Gemeinderatswahl vom 27. Dezember v. Js. mit Erfolg angefochten worden war, hat gestern eine Neuwahl stattgefunden, bei der von 1184 Wahlberechtigten 1028 = 87 Proz. abgestimmt haben. Gewählt wurden: Kaufmann Anton Bipp mit 825 Stimmen, Fabrikant Alfred Bland mit 637, Mautermeister Anton Johner mit 615, Schreinermeister Daur mit 604, Schirmfabrikant Schwechenbecher mit 516 und Maler Albert Schraivogel mit 417 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß Fabrikant Planck, Protestant und Vorsitzender der liberalen Vereinigung, bei der heutigen Wahl 211 Stimmen mehr erhielt als bei der ersten Wahl und damit unter den Gewählten von der damals letzten Stelle jetzt an die zweite Stelle gerückt ist, ebenso, daß Schreinermeister Daur, der mit 386 Stimmen bei der ersten Wahl unterlegen war und dieselbe angefochten hatte, heute sich an vierter Stelle einen Sitz auf dem Rathaus erobert hat. Die politischen Parteien enthielten sich jeden Eingriffs.

Bei Baihingen ist in der Freitag Nacht der Metallereibesitzer Jeger zum Tal (auf Baihinger Markung) auf dem Nachhauseweg in der Gasse ertrunken.

In Straßdorf bei Ömünd mußte ein von Brasil zugewandener italienischer Arbeiter als postkranke isoliert werden. Vorrichtungsregeln wurden getroffen.

In Fridingen u. Luttlingen wird der Ziegelschleifer Gregor Ruz seit Donnerstag vermißt. Er wollte sich in die Wähe nach Brannnen begeben. Man fürchtet, daß er vom Wege abgeirrt und in die Donau gerann ist.

In Sittenhardt u. Hall wurde durch einen vorzeitig losgehenden Sprengschuß beim Graben von Stodholz der Holzhauer Wegger so schwer verletzt, daß sein Augenlicht in Gefahr ist.

Kaufmann Wb. Jörn in Aalen hat unter Lebensgefahr am Donnerstag mittag einen dreijährigen Knaben aus dem Kocher gezogen und vom Tode des Extrinens errettet.

Gerichtssaal.

Tübingen, 6. April. Der Automatenhändler Bed von Unterhohingen, der nach Verübung von Wechselschindungen auf dem Weg nach Amerika bis Hamburg kam, wurde von der hiesigen Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Horb, 5. April. Das am 2. März d. J. im Hause der Firma Augsburger gelegte Schadenfeuer ist jetzt vor der Strafkammer in Rottweil geklärt worden. Die Brandstifterin, eine 15jährige, von Replingen stammende Dienstmagd, wurde zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis (!) verurteilt. Sie hatte das Feuer aus Heimweh gelegt, um aus dem Dienste fortzukommen.

Urs der Palz, 3. April. Die Strafkammer zu Landau verurteilte den Weinhändler und Weingutsbesitzer Köppler von Sankt Martin wegen Weinsäufchung zu drei Monaten Gefängnis sowie Tragung der Kosten. 80 000 Liter Wein wurden eingezogen. Köpplers Sohn wurde freigesprochen.

Bemischtes.

Der Dackel des Kaisers und das Geßch. Aus Venedig wird dem „R. Wien. Tagbl.“ geschrieben: Im strengsten Inkognito spazierte dieser Tage der Dackel des deutschen Kaisers auf dem Markusplatz und erfreute sich seines Daseins. Besonders zogen ihn die herumstehenden Tauben an, auf die er eine Jagd un-

ternahm, und er Benahm sich auch, wie es sich ziemte, sehr zuvorkommend mit den Blumenmädchen. Jedoch das böse Schicksal verschonte auch unsern Dackel nicht, denn er hätte in Venedig einen Raufford tragen sollen. Dieser fehlt ihm aber, da er nie glücklicher Besitzer eines solchen war. Der Schinder, der zufälligerweise auf dem Markusplatz seines Amtes waltete, veranfaltete eine Jagd auf das edle Tier und fing es trotz heftiger Gegenwehr in seiner Schlinge. Vorbeigebende deutsche Offiziere legitimierten den Befangenen, der, bevor er freigelassen wurde, einem Stadtpolizisten in die Hand biß. Streng genommen müßte nun das Sanitätsamt das Tier in Beschlag nehmen, bis seine Unschädlichkeit bewiesen werde. Daraus entstand eine Rechtsfrage, die wahrscheinlich von zugunsten des Dackels entschieden sein wird.

Der Storch auf Reisen.

Die Vogelwarte Rossitten hat bekanntermaßen Versuche zur genauen wissenschaftlichen Beobachtung des Vogelzuges im großen Stile aufgenommen. Außer den Krähen Möwen sind im Jahre 1907 mehr als 1000 Störche zum Zweck der Wiedererkennung in fernen Ländern, wohin die Tiere im Winter ziehen, gezeichnet worden. Da diese Tiere meist im Sudan ihre Winterquartiere beziehen, so hatte die Vogelwarte Rossitten sich Röhre gegeben, die Aufmerksamkeit aller Jäger in Afrika durch Mitteilungen zu erregen, die an die Zeitungen in Algerien, Tunesien und Ägypten gerichtet waren. Es ist auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Die erste Nachricht über das Erlegen einer von der Vogelwarte Rossitten gezeichneten Möwe kam von dem bekannten Naturaliensammler von Blanc in Tunis. Die Möwe war auf der Bahira, dem Binnensee von Tunis, geschossen worden. Dann kam eine weitere ganz überraschende Nachricht. Ein Rossittener Storch ist in Südafrika erlegt worden. daß unsere nordischen Brutvögel sogar den Äquator überschreiten, war bisher noch nicht bekannt. Nach ist die Nummer des Storches, der Ring, mit dem er gezeichnet war, nicht eingegangen, erst dann läßt sich Genaueres mitteilen. Aber da die den Rossittener Störchen angelegten Aluminiumringe sehr breit sind, so machen sie mit ihrem Silberglanz sich schon weithin bemerkbar.

Noturno.

Von P. G.

Baum hört das Atemholen
Du der Natur;
Die Nacht auf weichen Sohlen
Durchschritt die Flur.
Nings löschte sie die Lichte,
Die lezten, aus;
Die Schleier wollen dichter
Am Baum und Haus.
Stumm zieht auf hohem Meise
Der Sterne Chor;
Dein Lachen nur klingt leise
Mir noch ins Ohr . . .

Handel und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 4. April. Für die Beförderung von Pferden nach und von Stuttgart und Cannstatt wird über die Dauer des diesjährigen Stuttgarter Pferdemarkts eine Preisvereinbarung dahin eingekunt, daß für die Sendungen nach Stuttgart und Cannstatt in der Zeit vom 23. bis 28. April, für die Sendungen von Stuttgart und Cannstatt in der Zeit vom 27. April bis Mai und vom 4. bis 8. Mai 1908 je einschließlich die für die Beförderung von Personenzügen vorgesehene Anrechnung des 50%igen Frachtsalags unterbleibt. Die Beförderung von Waren nach Stuttgart und Cannstatt ist auch am Sonntag den 26. April dieses Jahres gestattet.

Gechingen, 5. April. Vom Gemeinderat wurde auf Antrag des landwirtschaftlichen Vereins die Abhaltung eines Jahrmärktes im April beschlossen und ein Beitrag von 2000 Mark zur Prämierung bewilligt.

Berichte von württ. Fruchtmarkten.

Doppelgr.	geringer	mittlerer	guter	Qualität
in Markt	met.	höchst.	met.	höchst. Umfahrd. 3. Wert
Kempten				
Daber	—	18.—	18.40	37 678
Sapfingen				
Daber	17.20	17.60	17.—	58 954
Stingen a. Br.				
Get	21.—	21.—	21.40	46 928
Dal	18.—	18.40	19.—	48 853
Urach				
Dinkel	—	15.60	16.80	51 826
Daber	—	16.80	17.60	146 2627
Reutlingen				
Dinkel	—	16.—	17.—	62 1083
Getre	—	18.—	20.—	56 1077
Daber	15.—	15.—	17.60	176 8090
Heidenheim				
Kernen	—	21.40	22.—	62 1400
Havensburg				
Daber	17.20	17.60	18.11	283 6127
Ulm				
Kernen	21.20	21.60	22.20	373 8303
Weizen	21.20	21.40	22.20	69 1512
Roggen	18.80	19.—	19.40	21.—
Getre	18.60	19.20	19.80	20.—
Daber	17.—	17.60	18.20	21.60
Saulgau				
Kernen	22.—	22.—	22.20	70 1556

Badische Fruchtstände (Ende März).

Rechtlich, 28. März. Daber, Zufuhr 87 Dtr. Preis Markt 18.40, 17.84, 17; Weizen, Zufuhr 18 Dtr. Preis Markt 20.20, Zufuhr 6 Dtr. Preis 20.20. — Gfalicndorf, 24. März. Kernen, Berl. 62 Dtr. Preis 21.70, 21.46, 21.20; Weizen, Berl. 45 Dtr., Preis 21.60, 21.17, 20.90; Getre, Berl. 48, 48.20, 48.60, 48.80; Roggen, Berl. 18 Dtr., Preis 18.7, 18.58, 17.50; Daber, Berl. 140 Dtr., Preis 17.73, 6.0. — Hechingen, 2. März. Korn, Berl. 28 Dtr., Preis 21.58, 21.0, 21.3; Weizen, Berl. 5 Dtr., Preis 21.50; Roggen, Berl. —, Preis 18.90; Daber, Berl. 4 Dtr., Preis 18.81, 18.40, 18.20.



p. **Wildbad.** Auf Anregung und Kosten des Naturheilvereins Wildbad hielt am vergangenen Samstag Herr Paul Bohn, Direktor des Naturheil-Instituts in Zeitz, im Hotel zum goldenen Stern einen ebenso interessanten, wie lehrreichen Vortrag, welchem wir mehr willige Zuhörer gewünscht hätten. Der Vortragende verbreitete sich in seinen 2 1/2 stündigen Ausführungen über das Thema: „Der Urin in gesunden und kranken Tagen.“ Er ergriff das Wort zuerst gegen die Kurpfuscher, welche noch stets Gläubige findet, die sich für ihr schweres Geld irreführen lassen. Durch verschiedenste Berichte über Gerichtsverhandlungen und Urteile, sowie aus eigener Erfahrung beleuchtete er das Treiben dieser „Klugen Leute“. Sodann ging er zur Besprechung der Fragen über: 1. läßt sich aus dem Urin eine Krankheit feststellen, 2. sind alle Krankheiten hieraus zu erkennen? Durch verschiedene Experimente überzeugte er die Anwesenden davon, daß letzteres mit bloßem Auge keinesfalls möglich ist, (was aber die Kurpfuscher im Vertrauen auf die Leichtgläubigkeit ihrer Patienten dieses vorkaukeln) daß man aber durch chemische und mikroskopische Untersuchungen manche Krankheiten aus dem Urin erkennen kann. In weiterem Verlauf seines Vortrages, in welchem er über die Ausscheidungsorgane des Menschen: Lunge, Haut, Gedärme und Nieren sprach, zählte er die verschiedensten Krankheiten auf, die durch unrichtige Lebens-

weise und Behandlung entstehen können und erläuterte die Bedeutung der Harnsäure. Mit dem Wasser, wovon ein gesunder Mensch nach Feststellung der Wissenschaft ca. 1 1/2 Liter täglich abgeben muß, sollen ca. 6 Gramm Harnsäure mit ausgeschieden werden. Ist das nicht genügend der Fall, so bleibt zu viel Harnsäure im Körper, die sich kristallisieren und Rheumatismus und Gicht verursachen kann. Seinen Vortrag unterstützte er außerdem durch Anschauungsbilder, sowie durch seine mit gutem Humor gewürzte Vortragweise vortrefflich. Nach einer kurzen Pause, welche Redner zur Anfeuchtung seiner Stimmbänder ansetzte, d. h. mit Bier, sprach er über Eiweiß und Zucker, welche mit dem Urin abgehen und über die Feststellung dieser Erscheinungen aus lehren. Zum Schluß seines Vortrages wies Herr Bohn auf die Naturheilkunde und ihre praktischen Bestrebungen hin, welche uns so erziehen sollen, daß wir Krankheiten vorbeugen können, um uns gesund zu erhalten und forderte alle Anwesenden, welche dem Vereine nicht angehören auf, sich nunmehr anzuschließen. Er bedauerte sehr, daß er nicht ein vollbesetztes Lokal vor soviel Kurpfuscherien warnen konnte und daß es ihm stets schmerzlich sei, wenn sich noch so viele von dieser Erziehung zur ersten Selbsthilfe abwenden und wenn Mütter ihre Töchter aus falschem Schamgefühl von der Anhörung solcher belehrender Vorträge abhalten. — Ein reicher Beifall wurde dem

Redner für seinen geist- und humorvollen Vortrag — In der Zwischenpause führte Herr Mann, (Name?) Schluß der Versammlung Herr Schwiggabel die Beschlüsse des Naturheilvereins vor, unterbreitete die Beschlüsse des Vereins, wonach der Beitrag 90 Pf. jährlich beträgt und hierfür ein nützliches und interessantes Monatsheft „Der Naturarzt“ zugestellt wird und weitere Mitglieder bei. Der Verein macht es jedem Mitglied, auch ferner durch Bewinung vortrefflicher Redner, welche durch ihre Ausführungen auf die Gesundheit und belehrend wirken sollen, etwas Gutes zu tun, sollte recht energisch unterstützt werden.

* **Calmbach a. G.** Für die Wasserreinigung und Kanalisation der Gemeinde Calmbach, wozu hierzu erforderlichen Bauarbeiten vergeben werden, voranschlag, Pläne und Baubedingungen liegen im Rathaus vor selbst zur Einsichtnahme auf. Anträge bis spätestens Samstag, den 11. April d. J. vorm. 10 Uhr dem Schultheißenamt einzureichen. Die Bedingungen findet zur genannten Zeit statt.

in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: E. Reinhardt, Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei.

Forderungen

an den Nachlaß der **Karl Christian Schmid**, Steinhauers Witwe, Olgastraße hier, sind bei Gefahr der Nichtberücksichtigung unter Vorlegung der Beweismittel **binnen 8 Tagen** beim R. Bezirksnotariat Wildbad anzumelden.
Den 6. April 1908. Die Erben.

Bekanntmachung

betreffend die Auflegung der Viehaufnahme- und Umlage-Verzeichnisse.
Die auf Grund der Art 3 und 4 des Ausführungsgesetzes zum Reichsviehsteuergesetz vom 20. März 1881 (Reg.-Bl. S. 189) für das Rechnungsjahr 1. April 1908 gefertigten Viehaufnahme- und Umlage-Verzeichnisse sind in Gemäßheit des Par. 13 Abs. 5 und 6 der Volkz.-Verf. zu obigem Gesetz vom 15. Januar 1896 (Reg.-Bl. S. 11) vom 8. bis 14. April 1908 auf dem Rathause zur Einsichtnahme durch die Tierbesitzer aufgelegt. Innerhalb dieser Frist von 6 Tagen können gegen die Einträge in den Verzeichnissen von den beteiligten Tierbesitzern bei dem Ortsvorsteher Einwendungen erhoben werden. Spätere Einwendungen finden keine Berücksichtigung.
Wildbad, den 6. April 1908. **Stadtschultheißenamt:**
Stellv. Schmidt.

Vergebung von Bauarbeiten.

Am 9. April, abends 6 Uhr.
Die Verfertigung und Verlegung von Pflaster, Riemenböden in den Kanzleien des Rathauses wird im öffentl. Aufstreich vergeben. **Rund 50 qm Riemen 1. Wahl 12 cm brt. 27 mm stark zyl. 215 Mt.** Kostenanschlag und Bedingungen liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf.
Stadtbauamt Wildbad.
M u t.

Für Brautausstattungen

sowie bei sonstigem Bedarf an Möbeln empfehle ich zu **billigsten Preisen alle Sorten**
Polster- u. Schreinermöbel, Betten usw.
Es soll daher niemand versäumen, vor Einkauf von **Aussteuer-Möbel** mein großes Lager zu besichtigen und sich über die Ware und Preise zu informieren.
Eigene Polsterei und Schreinerei.
Reinhold Sickinger,
Pforzheim
Möbel- und Ausstattungs-Geschäft
Waisenhausplatz 8.

Alpentouren-Rochgeschirre

für Haushalt und Restaurant-Gebrauch.
Fabrikmarke: **Vallauris A. M.**
Bitte genau auf die Marke zu achten.
Zu empfehlen sind **Zuppentöpfen, Kasserolen zum Einhängen, Auflaufformen u. s. w.;** eignen sich vorzüglich für Sauerkraut, Früchte und alle Gemüse.
Beste und billigste Ersatz für Emailgeschirre.
Ausverkauf: C. Aberle sen., Inh. E. Blumenthal.

Prima legreife Italiener-Hühner
sind eingetroffen.
Adolf Blumenthal, Geflügelhandl.

Turnverein Wildbad.

Samstag, den 11. April 1908
abends 8 Uhr
Versammlung
im Lokal „Bad. Hof“.
Der Vorstand.

Evangel. Kirchenchor Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
Singstunde.
(Damen und Herren).
Nach derselben: Besprechung des Frühjahrs-Ausflugs.
Der Vorstand.

Ein gebrauchtes gutes Fahrrad

hat billig zu verkaufen.
Heinrich Bott,
Mähmaschinenhdlg.

Farben

trocken und in Oel, streichfertig.
Lacke aller Art
Terpentineoel
Leinoel und Firnis
Carbolineum
Salzsäure
Spir. Bodenlack
Kg. 1.20
Fritz's Bodenlacke
Kg.-Dose von 1.50 an
Victoria-Bodenoel
Flasche samt Glas — 50
Ideal-Bodenoel
Liter-Krug — 80
Linoleumwiche
Parquetwachs
Feinst. a. gar. Terpentineoel
Kg. 1.50
Stahlspäne
Rapid Putzpulver
à 10 und 20 Pfg.
Laugenstein
zum Selbstaupolieren der Möbel
Brillt. Möbelpolitur
Möbelpolitur-Pomade
à 30 Pfg.
Artikel zur Wäsche zum Putzen zur Desinfektion
Fensterleder
Schwämme Seifen
Crémefarben
Messersputzschmirgel
80 und 40 Pfg.
kaufen Sie am besten und billigsten in der Drogerie
H. Grundner,
vorm. Anton Heinen.

Todes-Anzeige.

Triebe trübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß mein innigstgeliebter Sohn, unser lieber Vater, Onkel, Groß- und Schwiegervater und Schwager

Christian Seyfried
Meßgermeister,
heute mittag im Alter von 58 Jahren sanft verschieden ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Calmbach, den 6. April 1908.
Beerdigung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Durch Uebernahme der Vertretung einer leistungsfähigen Papierwarenfabrik liefert die

Bernh. Hofmann'sche
::: Buchdruckerei :::
Düten o Beutel
Kaffeetaschen
mit oder ohne Firma
zu Fabrikpreisen
MUSTER
sowie Preisliste stehen zu Diensten.



„Durrh“, so tönt's wie Donnerhall
Und hell erklingt der Wiederhall.
Der Erich ruft es, hoch die Hahn.
Nun bin ich allen weit voran.
Denn seit ich Pfeiffer's Hofe
Und Pfeiffer's Rock dazu.
Ich alle Kameraden schlag
Im Wettlauf stets im Nu.

Ausverkauf:
Philipp Bosh
Wildbad.

Pfeiffer's gestrickte Knabenhosen
sind sehr beliebt, denn dieselben werden auch einzeln abgegeben und können auch gut zu anderen Anzügen getragen werden.

Eine reichhaltige
Ausstellung von Ostersachen
empfehle ich dem geehrten Publikum zur gefälligen Auswahl.
Theodor Bechtle.

Wirtschafts-Verkauf oder Tausch.

In verkehrsreichem Städtchen ist ein schönes Wirtschaftshaus mit Saal, großem Garten mit Regalbahn unter günstigen Bedingungen zu verkaufen oder gegen ein mittleres Hofgut zu tauschen durch
K. Rüdinger, Heilbronn
Kopfsamststraße 14.

